

Von: Nationalmannschaft des Fleischerhandwerks **aus:** 60596 Frankfurt

An: Politische Entscheidungsträger **in:** Deutschland

Zeichnungsfrist bis: 01.09.2020



Gerade jetzt wird gefordert, dass Lebensmittelproduktion nicht nur in großen Industriebetrieben stattfinden darf. Regionale und handwerkliche Produktion soll stärker gefördert werden, das ist das Bekenntnis der Politik.

Die tatsächlichen Gesetze und Vorschriften bewirken aber oft genau das Gegenteil. Kleine Unternehmen werden gegenüber großen an vielen Stellen benachteiligt. Das gilt für staatliche Gebühren, für Energiekosten und für technische und bürokratische Auflagen, die für Handwerksbetriebe mehr Kosten und mehr Arbeit bedeuten. Das alles ist durch konkrete politische Entscheidungen so gemacht. Wenn man tatsächlich ein Gegengewicht zur industrialisierten Land- und Ernährungswirtschaft erhalten will, müssen diese Benachteiligungen beseitigt werden.

Deshalb fordern wir: Gesetze und Vorschriften, die die kleinen Strukturen stärker und unverhältnismäßig belasten, müssen geändert werden.

Lebensmittel aus der Region, Produkte mit nachvollziehbarer Herkunft, Tierhaltung mit Verantwortung, kurze Transportwege, Herstellung mit meisterlicher Qualifikation, Versorgung aus der Region für die Region. Diesen Anspruch vertritt das Fleischerhandwerk und das schätzen unsere Kunden.

Auch die Politik beteuert, diese Ziele zu verfolgen. Die Bedeutung von Handwerk und Mittelstand werden immer wieder betont. Trotzdem wird das Fleischerhandwerk in vielen Punkten durch Gesetze und Vorschriften stärker belastet als große Fleisch-Industriebetriebe.

Beispiel Gebühren: Gebühren für die vorgeschriebenen Fleischuntersuchung oder für die Abfallentsorgung werden staatlich oder von öffentlichen Trägern festgesetzt. Dabei gibt es meist Staffelgebühren, das heißt, der Preis sinkt, wenn die Menge wächst. Das führt dazu, dass ein Handwerksbetrieb ein Vielfaches von dem bezahlt, was ein Industriegigant entrichtet. Damit wird die Konzentration zu immer größeren Unternehmen gefördert.

Beispiel Energiekosten: Große, international operierende Unternehmen können sich von der Abgabe für erneuerbare Energien befreien lassen. Kleine können das nicht. In der Folge haben die Handwerksbetriebe bezogen auf die hergestellte Menge eine viel höhere Kostenbelastung.

Beispiel Bürokratie: Es ist ein Unterschied, ob ein Industriebetrieb mit tausenden Mitarbeitern aus dem In- und Ausland arbeitet oder ein Handwerksbetrieb mit fest angestellten Mitarbeitern, die seit Jahren zum Betrieb gehören und in der Region wohnen. Dieser Unterschied macht auch andere Vorschriften möglich. Werden nun dieselben Gesetze für alle Unternehmensgrößen gemacht, dann führt das zwangsläufig zu stärkeren Belastungen bei den Kleinen. Das gilt zum Beispiel für Auflagen hinsichtlich der Arbeitszeitdokumentation oder auch für die Dokumentation von Warenströmen. Die sind im Handwerksbetrieb mit einfachen Mitteln zu bewerkstelligen. Werden aber aufwändige elektronische Aufzeichnungssysteme

gefordert, bedeutet das für einen Industriebetrieb eine sehr geringe Investition, für einen Handwerksbetrieb aber eine schwerwiegende Belastung.

Diese und andere Regeln, die der Konzentration weiter Vorschub leisten, müssen deshalb beseitigt werden.

www.facebook.com/NationalmannschaftdesFleischerhandwerks/posts/955382124922712